



Drucksachen der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin XXI. Wahlperiode

Ursprung: Entschließung
Ursprungsinitiator: SPD/Grüne/CDU/FDP,

Drs. Nr.: 0198/XXI
TOP Nr.:

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Sitzung	Beratungsstand
23.03.2022	BVV	BVV/006/XXI	ohne Änderungen in der BVV beschlossen (Beratungsfolge beendet)

Entschließung

Für Frieden und Demokratie in Europa - Neukölln solidarisch mit der Ukraine

Die Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Neukölln spricht sich für Frieden in der Ukraine und die sofortige Einstellung der russischen Aggression aus. Wir sind erschüttert über den vorsätzlichen Bruch des Völkerrechts und der europäischen Friedensordnung, der sich in dem beispiellos brutalen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zeigt. Als kommunalpolitisch Engagierte erleben wir täglich, dass Freiheit und Demokratie nichts Abstraktes sind, sondern im alltäglichen Zusammenleben, in der Verantwortungsübernahme für die politische Gemeinschaft stattfinden. Auch in der Ukraine ist kommunale Demokratie seit der „Revolution der Würde“ wichtiger und lebhafter geworden. Dass auch dieser Aspekt der jungen ukrainischen Demokratie, der für uns so selbstverständlich ist, zu den Gründen für Putins Angriffskrieg gezählt werden muss, macht uns fassungslos, wütend und traurig. Wir verurteilen jeden völkerrechtswidrigen Krieg, da die ausnahmslose Einhaltung des Völkerrechts und der Menschenrechte die Voraussetzung für Frieden in Europa und der Welt ist. Neukölln bietet Menschen aus aller Welt ein sicheres Zuhause. Wir beteiligen uns mit aller Kraft an der Aufnahme und Versorgung der Menschen, die vor Putins Terror aus der Ukraine, aber auch aus Russland und Belarus fliehen. Das gilt unabhängig von der Staatsbürgerschaft für alle Menschen, die in der Ukraine ihr Zuhause hatten und das Land nun verlassen müssen. Die Bildungs- und Betreuungsangebote für geflüchtete Kinder aus der Ukraine sollen dem Maßstab der Inklusion folgen. Der Bezirk Neukölln setzt sich für ein umfangreiches Angebot an Sprachkursen und eine zügige Arbeitsvermittlung für die Geflüchteten ein, um ihnen so schnell wie möglich ein selbstbestimmtes Leben in Neukölln zu ermöglichen. Wir stehen an der Seite jener Menschen in Russland und Belarus, die sich für Frieden, Freiheit, Demokratie und gegen den Krieg aussprechen. Wir rufen alle Neuköllnerinnen und Neuköllner auf, als Menschen, Nachbar:innen, Bürger:innen mit ukrainischen, russischen, belarussischen und allen anderen denkbaren Wurzeln für Frieden und Zusammenhalt einzustehen. Jede Art von Gewalt und Diskriminierung gegenüber in Berlin lebenden Russinnen und Russen verurteilen wir entschieden – wir werden es nicht zulassen, dass sich der Krieg Russlands gegen die Ukraine in Konflikte innerhalb unserer Stadtgesellschaft übersetzt. Neukölln ist Mitglied des Netzwerks „Mayors for Peace“. Wir setzen uns dafür ein, dass die 67 russischen und 2 belarussischen Mitglieder des Netzwerks dazu aufgefordert werden, sich unverzüglich und vollständig zum Ziel des Netzwerks zu bekennen und sich gegen den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine auszusprechen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Netzwerk den ukrainischen Mitgliedern Kyjiv, Dnipro, Korosten, Odessa und Slavutych seine vorbehaltlose Solidarität versichert. Der Stadtverwaltung und den zivilgesellschaftlichen Organisationen unserer Partnerstadt Pavlovsk-Pushkin in Russland teilen wir unsere scharfe Verurteilung des russischen Angriffs- und Vernichtungskrieges gegen die Ukraine mit und bitten sie, sich ihrerseits für ein sofortiges Ende dieses Krieges und die vollständige Rückkehr Russlands zum Völkerrecht einzusetzen. Wir fordern die schnelle Umsetzung weitestreichender wirtschaftlicher Sanktionen gegen russische und belarussische Entscheidungsträger:innen und Unternehmen und tragen diese auch in all ihren Konsequenzen.

zen im Bezirk mit. Den Ukrainerinnen und Ukrainern fühlen wir uns in ihrem Kampf für Freiheit und eine gemeinsame europäische Zukunft tief verbunden.

Berlin-Neukölln, den 15.03.2022

SPD/Grüne/CDU/FDP, Fraktionsvorsitzende,
(Antragsteller, Fragesteller bzw. Berichterstatter)

Abstimmungsverhalten:	SPD	Grüne	CDU	LINKE	AfD	FDP
JA	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
NEIN	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ENTH.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Ergebnis: Einstimmig

<input checked="" type="checkbox"/> beschlossen mit Änderung	<input type="checkbox"/> Kenntnis genommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> gewählt
<input type="checkbox"/> zurückgezogen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> gegenstandslos	

überwiesen in den Ausschuss für _____ (federführend)

zusätzlich in den Ausschuss für _____

und in den Ausschuss für _____

beantwortet schriftlich

GB I/BzBm GB II/BiKuSport GB III/Ord GB IV/StadtUmVer GB V/Soz GB VI/JugGes